

CSU geht „mit gutem Team ins Wahljahr“

Carola Höcherl-Neubauer im Amt bestätigt

Cham/Landkreis. Wenige Wochen nach der CSU-Kreisversammlung hat der neue Vorstand der Landkreis-CSU seine Arbeit aufgenommen. Bei der konstituierenden Vorstandssitzung blickte MdL Gerhard Hopp auf die Aktivitäten der vergangenen Wochen zurück. Insbesondere die Unterstützung der Petition gegen das geplante Heizgesetz der Bundesregierung beschäftigte viele aktive Mitglieder, die an Infoständen Unterschriften sammelten. Hopp dankte für das Engagement und zeigte sich zuversichtlich, dass die Unterschriften, die an MdB Martina Enghardt-Kopf übergeben worden sind, Wirkung zeigten. Neben einer Vielzahl an wei-

teren Veranstaltungen, die von der Kreis-CSU in den kommenden Wochen und Monaten geplant werden, stand auch die Kooptation weiterer Mitglieder sowie die Bestellung der CSU-Kreisgeschäftsführerin auf der Tagesordnung. Einstimmig wurde Carola Höcherl-Neubauer im Amt bestätigt.

„Mit unserem Team in der Vorstandsschiff und unseren Kandidaten für den Landtag und den Bezirksrat, Franz Löffler, Martin Stoiber und Rita Wellisch, sind wir bestens aufgestellt“, zeigte sich Hopp überzeugt. „So geht die Landkreis-CSU geschlossen und motiviert mit einem guten Team an die vielen Aufgaben im Wahljahr.“

Reservisten auf Tour

Kreisgruppe bei BAHNA 2023 in Tschechien

Cham/Landkreis. Auf Einladung der Kreisgruppe Oberpfalz-Ost des Reservistenverbandes nahmen zahlreiche Mitglieder die Gelegenheit wahr, mit dem Bus die BAHNA 2023 im benachbarten Stráe/Tschechien zu besuchen.

Die BAHNA auf dem Truppenübungsplatz Zahnd Bahna ist eine Leistungsschau der tschechischen Armee, die vor den Augen der Besucher ihre Fähigkeiten präsentiert. Zweck ist es, die Streitkräfte zu fördern, Militärtechnologie zu zeigen und an die militärischen Traditionen und historischen Operationen zu erinnern.

Der Name wird in Großbuchstaben geschrieben, um das Ereignis vom Ort zu unterscheiden. In den vergangenen Jah-

ren haben rund 50 000 Besucher die Veranstaltung besucht.

Herausragend waren die Vorführungen der 7. mechanisierten Brigade, des 43. Fallschirmjägerregiments und des 13. Artillerieregiments. Die Gäste konnten hautnah erleben, welche Fähigkeiten und Technologien in diesen Einheiten vorhanden sind.

Das Festgelände bot auch verschiedene Verpflegungsstationen, Infostände sowie statische Ausstellungen der Feuerwehr, der Polizei und des Strafvollzugs. Zudem konnten die Besucher historische und aktuelle Fahrzeuge der tschechischen Armee und befreundeten Armeen bewundern, die dort ausgestellt waren.

Mehr Geld für Wehren

Cham/Landkreis. Gute Nachrichten für die Feuerwehren in Bayern und im Landkreis Cham verkündet aktuell der Landtagsabgeordnete Gerhard Hopp nach Rücksprache mit Innenminister Joachim Hermann: „Der Freistaat Bayern erhöht aufgrund der starken Preissteigerungen bei Fahrzeugen und beim Hochbau die Förderbeiträge deutlich“, betont der CSU-Politiker.

Konkret werden ab 1. Juli die Försbeiträge für den Bau von Feuerwehrhäusern verdoppelt und die Försbeiträge für Beschaffungen von Feuerwehr-

fahrzeugen und -geräten um 30 Prozent erhöht. Dafür sollen über 23 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden, informiert Hopp. „Geld, das zum Schutz der Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger gut investiert ist!“, unterstreicht der Abgeordnete, der sich in den vergangenen Monaten bei Arbeitsgesprächen vor Ort und in München mit der Thematik befasst, sich für eine verbesserte Förderung eingesetzt sowie insbesondere auf die stark gestiegenen Kosten für die örtlichen Feuerwehren aufmerksam gemacht hatte.



Die Immobilie, die häufig die Rente absichert, darf nicht zum Armutsrisiko werden, fordert Andreas Stangl.

Foto: Martin Schütt/dpa

Immobilie als Armutsrisiko?

Wohnungs- und Grundeigentümerverband Cham kritisiert Gebäudeenergiegesetz

Von Andreas Stangl

Cham/Landkreis. Andreas Stangl kritisiert das „Heizungsgesetz“ – richtig Gebäudeenergiegesetz (GEG) – mit deutlichen Worten.

Er schreibt dazu: Glücklicherweise gab es eine Diskussion. Ansonsten wäre schlechende Ideenlosigkeit zum Gesetz geworden. Nun peitscht man das GEG durch den Bundestag. Statt den Entwurf zu überarbeiten, einigt man sich aus Zeitnot auf Leitplanken für die Beratung. Der Koalitionsfrieden steht über qualitativer Gesetzgebung. Man will zwangsweise einen kurzfristigen Umstieg auf erneuerbare Energien (EE). Richtig ist, dass der Nachholbedarf im Gebäudereich groß ist.

gibt es eine „Galgenfrist“. Der Umstieg soll durch gezielte Förderungen unterstützt werden. Wie und in welcher Höhe konkret? Aufgrund der überhasteten Regelung hat dies zu Folgendem geführt: Viele Eigentümer bauen jetzt noch die letzten fossilen Heizungsanlagen ein, aus Angst, dies

künftig nicht mehr machen zu können – ein Bärendienst für die Klimaschutzziele. Wer ohne Parallelregelung zu Fördermaßnahmen drakonische Gesetze plant, erntet die nächsten Jahre einen höheren CO₂-Ausstoß. Statt den Gebäudebestand schnell umzurüsten, hat man ihn konserviert. Ärgerlich ist, dass der Staat selbst zwecks Verstromung CO₂-Ausstoß massiv verursacht und für öffentliche Gebäude Ausnahmen vom GEG plant.

Katastrophal wirkt sich dies am Bau aus. Wer kann ein Gebäude finanzieren, wenn die Zinsen hoch, die Materialien teuer und die Förderung nicht bekannt ist? Gleichzeitig wird dringend Wohnraum benötigt. Dies verschärft die Situation auf dem Wohnungsmarkt, führt zu höheren Mieten und schwächt den ländlichen Raum.

Fragliche Altersgrenzen

Wenn das Haus im Grünen zum Alptraum wird, ist niemandem geholfen. Völlig absurd sind die Ausnahmen mit Altersgrenzen für Eigentümer. Man fragt sich, wer die Nachweise kontrollieren soll? Soll der Heizungsbauer die Personalausweise der Bewohner prüfen? Vielleicht ist dies eine neue Sozialpolitik, in dem man dann einen 80-Jährigen zumindest im Grundbuch lässt, auch

wenn der Rest der Familie unter 40 ist. Die Regelung gilt nicht, wenn der Senior 80 Jahre ist und eine jüngere Partnerin von 79 Jahren hat. Alle Eigentümer müssen D80 sein. Pech, wenn man in ein Pflegeheim geht, da das Gesetz selbst bewohnen fordert. Wieso 79-jährige Senioren willkürlich benachteiligt werden, ist fragwürdig. Es ist befremdlich, wie in der Politik diese Fragen diskutiert werden. Ideologie ignoriert Realität. Es werden die Klimaziele nicht erreicht, die Akzeptanz nimmt ab. Gleichzeitig wird nicht in Wohnungsbau investiert, der so notwendig ist.

Stangl hofft, dass klare Regelungen geschaffen werden, die Planungssicherheit schaffen. Die Immobilie, die häufig die Rente absichert, darf nicht zum Armutsrisiko werden.

Bei Vermietung wird letztlich der Mieter die Zeche zahlen über die Modernisierungserhöhung oder höhere Mieten aufgrund der hohen Investitionskosten, so Stangl. Im Bestandsbau eingebaute ineffiziente Wärmepumpen werden für die Wohlfühltemperatur des Mieters teuer werden.

Die hohen Stromkosten wird der Mieter zahlen. Alte Gebäude in Innenstädten werden Lädenhüter, ein Todesurteil für Investitionen in Innenstädten. Es bleibt zu hoffen, dass die Berliner Politiker wieder Bodenhaftung bekommen.

Hintergrund



Fachanwalt Andreas Stangl, Mitglied des Landesvorstandes des Bayerischen Wohnungs- und Grundeigentümerverbandes (BWE) und Kreisvorsitzender in Cham bewertet kritisch die aktuellen Gesetze, Verordnungen und Planungen der Bundesregierung zum Klimaschutz sowie deren Auswirkungen auf Immobilien, Vermietung und Verwaltung der Mietobjekte.

Holz gerät in die Kritik

Bei uns in der Region wählte man sich mit Holz in Sicherheit. Selbst Holz gerät nun in Kritik. Vom Heizen im Haus bis über Auto, Rasenmäher, bis hin zur Zahnbürste, scheint nichts mehr ohne Strom zu funktionieren.

Fraglich ist, wie dieser Strombedarf gedeckt werden soll. Die Leitungsnetze sind nicht ausgebaut. Nun sollen innerhalb eines halben Jahres strenge Regelungen gelten. Beim Neubau gilt die Regelung sofort, bei Bestandsgebäuden

Mechanische Unkrautbekämpfung in Mais stand im Fokus

Landwirte informieren sich über Möglichkeiten der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und erhielten dazu auch praktische Tipps

Cham/Landkreis. Um die Landwirtschaft im Freistaat noch nachhaltiger zu machen, hat die Staatsregierung im Zuge des Bienen-Volksbegehrens beschlossen, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln bis 2028 zu halbieren. Das Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten Cham will in Kooperation mit dem Landwirt Armin Hausladen aus Prinzing aufzeigen, wie chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel in Mais reduziert werden können.

Mais steht auf 34 Prozent der Ackerfläche und ist damit die wichtigste Ackerkultur im Kreis Cham. Betriebsleiter Hausladen hat neben einer praxisüblichen Herbizidmaßnahme auch eine Variante mit rein mechanischer Bekämpfung angelegt. Daneben gibt es auch zwei „Hybridvarianten“. Dort reduzierte der Betrieb den Einsatz von Herbiziden (Reduzierung der Aufwandmenge bzw. Behandlung im Band nur mit 25 Zentimetern Breite = Bandspritzung) und ergänzt gleichzeitig mit mechanischen Maßnahmen. Ein Teil der Fläche



Landwirte machten sich am Praxisbeispiel ein Bild von der Pflanzenschutzmittelreduktion. Betriebsleiter Armin Hausladen (6. v. l.) und Öko-Landwirt Matthias Hausladen sowie Wolfgang Alt vom AELF Cham (l.) und Ludwig Peter (Mi., vorm Schleppler) von der Erzeugerberatung Oberpfalz schilderten ihre Erfahrungen und gaben praktische Tipps zum Pflanzenschutz im Mais. Foto: Thomas Schütz

blieb als Kontrollvariante gänzlich unbehandelt.

Kürzlich wurden die Praxisbeispiele zur Pflanzenschutzmittelreduktion in Prinzing vorgestellt. Pflanzenbauern der Wolfgang Alt vom AELF Cham erläuterte, welche Möglichkeiten es zu weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz gibt. Neben der Umstellung auf ökologischen Landbau gebe es auch für konventionelle Betriebe Möglichkeiten, weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen.

Die zentralen Punkte seien Sortenwahl und vielfältige Fruchtfolgegestaltung, so Alt. Im Zuge der Agrarumweltmaßnahmen und der Öko-Regelungen beim Mehrfachttrag könnten der Herbizidverzicht sowie der Einsatz biologischen Bekämpfungsverfahren des Maiszünzlers mit Trichogramma Schlupfwespen finanziell unterstützt werden. Auch die Digitalisierung bei Diagnose- und Bekämpfungsverfahren mit Drohnen, Robotertechnik

oder präzisionsgesteuerten Geräten biete Möglichkeiten, chemische Mittel einzusparen.

Ludwig Peter von der Erzeugerberatung Oberpfalz diskutierte die Varianten der mechanischen Unkrautbekämpfung, der Herbizidspritzung und der Kombimaßnahmen mit den Teilnehmern. Vorteil der Kombi-Varianten war, dass hier trotz 50-prozentiger Reduzierung der Aufwandmenge des Herbizids bzw. bei Bandspritzung in der Maisreihe

„sauber“ war. Die mechanischen Maßnahmen mit Striegel und Hackgerät wurden im Praxisbeispiel von Matthias Hausladen, Betriebsleiter eines ökologischen Betriebs in Willmering, durchgeführt. Er schilderte seine Erfahrungen mit mechanischer Unkrautbekämpfung im Ackerbau und gab Tipps für den Umstieg auf Pflanzenschutz ohne chemisch-synthetische Mittel. Er riet den Praktikern, mechanische Unkrautbekämpfung auf

Einzelflächen auszuprobieren. Wolfgang Alt fasste zusammen, dass mit mechanischer Unkrautbekämpfung ein guter Bekämpfungserfolg zu erzielen sei. Günstige Voraussetzungen seien niedriger Unkrautdruck ohne Problemunkräuter, konkurrenzstarke Kulturpflanzenbestände, integrierte Verfahren, verfügbare Technik sowie günstige Witterung und praktische Erfahrung.

Das Praxisbeispiel zum Vergleich mechanischer und chemischer Unkrautbekämpfung im Mais ist ausgeschildert und kann jederzeit besichtigt werden. Die Versuchsfläche liegt an der Straße zwischen Prinzing und Waffenbrunn auf der linken Seite. Weitere Auskünfte zur Pflanzenschutzmittelreduktion erteilt Wolfgang Alt, Tel. (0 99 71) 485-1212.

In Loibling stellten Alt und Peter den Schausversuch mit verschiedenen Gersten-Triticale- und Weizensorten vor. Besonders stark diskutiert wurde, wie durch Sortenwahl und Produktionstechnik auf die Folgen des Klimawandels reagiert werden kann.